

## Und noch einmal: Das C in der Politik

Es macht mir Freude, dass über das C in der Programmatik von CDU und CSU diskutiert wird. Das zeigt, dass das Adjektiv „christlich“ zum Denken provozieren kann. Christlicher Glaube und daraus abgeleitete christliche Werte sind weiterhin positiv herausfordernd. Die Säkularisierungsthese, nach der Religion in einer sich weiterentwickelnden Moderne wie Schnee unter der Sonne der Aufklärung wegschmelzen würde, hat sich erledigt. Religion verschwindet nicht, ihre äußere Gestalt verändert sich möglicherweise, und die Vielfalt des Religiösen wird größer.

Was bedeutet das für die Politik, insbesondere für die Parteien, die sich ausdrücklich auf das Christentum berufen, indem sie das C in ihrem Namen führen? Wenn „christlich“ nur noch eine nostalgische Erinnerung oder eine historische Herkunft bezeichnen würde, dann sollte man das Wort gleich weglassen. Eine „Musealisierung“ des Christentums ist überflüssig. Es geht darum, sich dieses C neu zu vergewissern, neu sehen zu lernen, dass der christliche Glaube nicht nur Quelle des politischen Engagements sein kann, sondern für die Ziele der Politik das geistige „Zukunftspotential“ schlechthin ist.

Deshalb ist die Berufung auf das C keineswegs gleichbedeutend mit Kon-

servativismus. Es stört mich, dass „konservativ“ und „christlich“ oft synonym verwendet werden im Blick auf die Zielgruppen, die eine Partei nicht verlieren sollte. Eine Partei, die sich christlich nennt, kann dieses Adjektiv nicht exklusiv verstehen, sondern inklusiv. Mit der Orientierung am christlichen Glauben und an seinen Werten will man – so verstanden – dann nicht bestimmte „Restgruppen“ in ihren Interessen befriedigen, sondern den Gesamthorizont des politischen Denkens und Handelns für alle benennen. Auch für die, die selber keine Christen (mehr) sind. Es ist ja offensichtlich, dass die Grundlagen unserer Zivilisation geprägt sind vom christlichen Glauben und vom christlichen Menschenbild. Der Verfassungsrechtler Paul Kirchhof hat im Blick auf das Grundgesetz von einem Baum gesprochen. Der Text der Grundrechte ist der Baum, aber die Wurzeln dieses Baumes sind identisch mit dem christlichen Menschenbild, dem Gedanken der Gottebenbildlichkeit jedes Menschen. Eine Vorstellung, die so nur in der biblischen Überlieferung formuliert ist. Diese Wurzeln sind nicht nur historisch, sondern auch in der Gegenwart wird der Baum ohne diese Wurzeln nicht leben. Für einen christlichen Politiker sollte die Berufung auf den christlichen Glauben nicht ein verschämtes Zugeständnis sein, son-

dern das Bekenntnis zu der entscheidenden Grundvoraussetzung unserer Demokratie und Zivilisation insgesamt.

Wie sollte denn die positive Faszination einer postchristlichen Gesellschaft aussehen? Was wären ihre zivilisatorischen Leitvorstellungen? Welchen ethischen Orientierungen würde sie folgen? Es wäre ein Missverständnis, das Christliche lediglich unter dem Gesichtspunkt der zu verteidigenden Werte zu sehen. Es ist Ausgangspunkt geistiger Erneuerung. Manchmal wird das erst in längeren Zyklen sichtbar, weil Politik und Debatten kurzatmig verlaufen.

Wie oft haben wir seit Anfang der siebziger Jahre gehört, die Familie als Lebensmodell habe sich überholt. Natürlich leben wir in einer größeren Pluralität als vor fünfzig Jahren, aber die überwältigende Mehrheit der Menschen möchte Familie leben, möchte Familie als den Ort ihres „gelingenden Lebens“ aufbauen. Christlich inspirierte Politik lässt sich da nicht beirren.

Wenn man über den Tag hinausieht, ist eine aus dem christlichen Leben heraus entwickelte Politik – davon bin ich überzeugt – entschieden nachhaltiger und damit zukunftsfähiger. Für Familie gilt zum Beispiel: Familie hat nicht Zukunft, sie ist die Zukunft.

In der Politik geht es nicht nur um Regeln, die immer neu angepasst werden

müssen, sondern um Personen, die einen inneren Kompass haben, die Vorbilder sind. Es reicht ja nicht, nicht vorbestraft zu sein, um sich als moralisches Subjekt bezeichnen zu können. Die christlichen Werte, von denen immer wieder die Rede ist, können nur lebendig bleiben, wenn der christliche Glaube überzeugend gelebt wird.

Christliche Werte sind nicht zu verstehen ohne den Bezug zu Jesus Christus. Der christliche Glaube ist keine Zitrone, die ausgepresst wird, Werte übrig lässt und den Glauben hinter sich lässt. Deswegen gehört zu einer Politik und zu Parteien, die das Adjektiv „christlich“ für sich in Anspruch nehmen, die enge Beziehung zu den Kirchen bis in Pfarreien und kirchliche Gruppen hinein. Politiker, die christlich geprägte Politik machen wollen, brauchen auch das Gebet, das persönliche und das in der Gemeinschaft.

Und sie brauchen Ermutigung. Deshalb ist es mir ein großes Anliegen, dass junge Menschen sich aus ihrem christlichen Glauben heraus in der Politik engagieren. Das gelingt, wenn klar ist: Das Christliche ist kein Auslaufmodell, keine rückwärtsgewandte „Ideologie“, sondern geistige Zukunftskraft, die Kraftquelle der nachhaltigen Innovation.

Der Verfasser ist Erzbischof von München und Freising.